



Antworten der Parteien auf die Wahl-Prüfsteine von der Bundesvereinigung Lebenshilfe

| in Leichter Sprache



Wahl-Prüfsteine der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Am Sonntag, dem 22. September 2013, sind Bundestags-Wahlen.

Deutschland wählt einen neuen Bundestag.

Im Bundestag sind 600 Politikerinnen und Politiker.

Sie sind in verschiedenen Parteien.

Sie machen Gesetze.

Und sie entscheiden über wichtige Fragen in Deutschland.

Vor der Wahl hat die Lebenshilfe ihnen Fragen gestellt.

Die Fragen heißen: Wahl-Prüfsteine.



Die wichtigste Frage ist:

Was tun Sie nach der Wahl für Menschen mit geistiger Behinderung?

Zu 6 Themen haben die Parteien Antworten geschickt.

Die Antworten in Leichter Sprache haben wir für Sie hier zusammengestellt.

Wort-Erklärungen

Alle Wörter, die in der Farbe **Orange** geschrieben sind, werden am Ende genau erklärt.

Die Wörter sind dort nach dem Alphabet geordnet.

Impressum

Übersetzung in Leichte Sprache

Ina Beyer
E-Mail: leichte-sprache@lebenshilfe.de

Bilder

Titelillustration © Ina Beyer,
Innenteil © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger
Behinderung Bremen e. V., Illustrator Stefan Albers,
Atelier Fleetinsel, 2013



Die Antworten von CDU und CSU



1. Wahl-Recht

**Finden Sie richtig, dass nicht alle wählen dürfen?
Setzen Sie sich für ein Wahl-Recht für alle ein?**



Wir sind der Meinung:
Wählen ist wichtig in einer Demokratie.

Nur Menschen, die klar zeigen können, was sie wollen,
sollen wählen dürfen.

2. Betreuungs-Recht

**Was werden Sie tun,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können?
Wie wollen Sie erreichen,**



- **dass Betreuer dabei helfen,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden?**
- **dass Betreuer nur alleine entscheiden, wenn es gar nicht anders geht?**

Kranke und behinderte Menschen sollen selbst über ihr Leben bestimmen.
So wie es die **UN-Konvention** fordert.

In Deutschland leben immer mehr Menschen, die Hilfe brauchen.

Deshalb wollen wir darauf achten:

Nur wer einen **rechtlichen Betreuer** wirklich braucht, soll einen bekommen.

Denn wir meinen:

Jede Betreuung bedeutet weniger Selbst-Bestimmung.

Deshalb hat die CDU und CSU ein neues Gesetz gemacht.

Das wird in einem Jahr gültig.

In dem Gesetz steht:

Eine **rechtliche Betreuung** gibt es nicht:

- wenn eine andere Unterstützung ausreicht
- oder wenn es eine Vorsorge-Vollmacht gibt.

Die neue Regel sagt auch:

Die Betreuungs-Behörde soll die Betreuung regeln.

Sie soll entscheiden,

welche Unterstützung jemand braucht.

Wenn eine rechtliche Betreuung nötig ist,

kann sie ehrenamtliche Betreuer vorschlagen.

Und die Betreuungs-Behörde muss einen Bericht für das Gericht schreiben.

Seit Februar 2013 gibt es ein neues Gesetz.

Es regelt die ärztliche Zwangs-Maßnahme.

Eine ärztliche Zwangs-Maßnahme ist eine Untersuchung oder Behandlung durch einen Arzt.

Auch wenn der Patient das gar nicht will.

CDU und CSU meinen:

Die Zwangs-Maßnahme darf nur das letzte Mittel sein.

Sie darf nur dann gemacht werden,

wenn der Patient in großer Gefahr ist.

Wenn der Betreuer eine Behandlung durch den Arzt erlaubt,

braucht es auch noch eine Genehmigung vom Gericht.

3. Barriere-Freiheit



Was möchten Sie tun, damit alle verstehen,

was Barriere-Freiheit für Menschen mit geistiger Behinderung ist?

Was werden Sie tun, damit es überall Leichte Sprache gibt:

- bei allen Informationen der Regierung,
- in Broschüren und auf Internet-Seiten,
- auch bei Firmen, in Läden und Restaurants?

Wir wollen **Barriere-Freiheit** überall!

Dazu gehört, dass es keine Barrieren gibt:

- beim Wohnen,
- im Verkehr,
- beim miteinander sprechen,
- beim Sport,
- im Theater, im Kino, im Museum und
- in der Freizeit.



Alle Menschen mit Behinderung sollen sich überall unbehindert bewegen können.

Für alle in unserer Gesellschaft muss das selbstverständlich werden.

Wir haben dazu eine Bewertung in Auftrag gegeben:

Wie gut ist das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz?

Hilft es dabei,

die UN-Konvention in Deutschland besser umzusetzen?

Sobald der Bericht da ist, werden wir handeln.

Wenn nötig auch mit einer Änderung im Gesetz.

4. Früh-Förderung

Was wollen Sie tun,

damit überall in Deutschland Kinder mit Behinderung gute Früh-Förderung bekommen.



Wir möchten viel für Kinder mit Behinderung tun.

Wir sind überzeugt, dass dies von besonderer Bedeutung ist:

- Früh-Erkennung,
- Früh-Förderung,
- inklusive Kinder-Tagesstätten
- und gemeinsamer Unterricht.

Das sind für uns die wichtigsten Bereiche beim Thema Bildung.

5. Pflege



**Wie wollen Sie die Pflege-Versicherung verbessern?
Was wollen Sie tun,
damit die Pflege-Versicherung auch in Zukunft genug Geld hat?**

Wir haben für Menschen mit Behinderung viel erreicht.
Das liegt an dem Pflege-Neuausrichtung-Gesetz.
Es heißt kurz: PNG.

Dies leistet das Gesetz:

Menschen, die in Pflege-Einrichtungen leben,
bekommen jetzt das volle Pflege-Geld auch für die Tage,
an denen sie zu Hause gepflegt werden.

Damit fördern wir die Familie.

Viele Kinder und Jugendliche mit Behinderung
werden zu Hause gepflegt.

Bisher gab es für sie bis zum Alter von 18 Jahren
ein Recht auf Kurz-Zeit-Pflege.

Jetzt haben wir dafür gesorgt,
dass das bis zum Alter von 25 Jahren gilt.

Es gibt Menschen, die im Alltag schwer allein zurechtkommen,
aber trotzdem nicht in **Pflege-Stufe 1** sind.

Auch sie können jetzt Pflege-Geld oder Sach-Leistungen bekommen.

In den Pflege-Stufen 2 und 3 gibt es jetzt mehr Geld.

Wir wollen: Weniger Menschen leben in Pflege-Heimen.

Wohn-Gruppen erhalten mehr Geld.

Wir werden weiter prüfen,
ob noch mehr verändert werden muss.

6. Bundes-Teilhabe-Gesetz



**Welche Ziele haben Sie für das neue Bundes-Leistungs-Gesetz?
Werden Sie sich dafür einsetzen,
dass die Eingliederungs-Hilfe immer gleich ist.
Egal wie viel Geld eine Familie hat?**

In den nächsten 4 Jahren soll ein Bundes-Leistungs-Gesetz für Menschen mit Behinderung gemacht werden. Noch ist die **Eingliederungs-Hilfe** Teil der Sozial-Hilfe. Hier kommt es darauf an, wie viel Geld die Familie hat oder verdient. Danach wird bestimmt, wie viel Leistungen der Mensch mit Behinderung bekommt. Die Eingliederungs-Hilfe soll Leistungen zahlen, damit niemand ausgegrenzt und behindert wird. Und jeder Mensch braucht eine andere Unterstützung. Man muss von dem einzelnen Menschen ausgehen.

**Was wollen Sie tun,
damit überall **Eingliederungs-Hilfe** zur Arbeit gezahlt wird?
Ganz egal, ob jemand in einer Werkstatt arbeitet oder woanders?
Was wollen Sie tun, dass Menschen mit Behinderung in der Werkstatt
genug Geld zum Leben bekommen?**

Bisher gibt es Eingliederungs-Hilfe nur in der Werkstatt. Wer woanders arbeiten will, bekommt keine Unterstützung bei der Arbeit von der Eingliederungs-Hilfe bezahlt. Menschen mit Behinderung müssen aber ihren Arbeits-Platz frei wählen dürfen.



Beschäftigte einer Werkstatt bekommen nur wenig Geld für ihre Arbeit.
 Davon können sie nicht leben.
 Deshalb muss der Staat Geld dazu geben.
 Das Geld nennt man Grund-Sicherung.
 Viele Menschen mit Behinderung denken deshalb:
 Meine Arbeit ist nichts wert.



**Sind Sie dafür, dass die Bundes-Regierung Geld dazu gibt?
 Und was wollen Sie tun,
 dass das Geld auch bei den Menschen mit Behinderung ankommt?**

Wenn die **Eingliederungs-Hilfe** neu gemacht wird,
 kostet das Geld.
 Das Geld dafür muss da sein.
 Die Eingliederungs-Hilfe soll
 durch das Bundes-Leistungs-Gesetz abgelöst werden.
 Das soll in den nächsten 4 Jahren geschafft werden.
 Die Regierung soll mehr Geld dazu geben.
 So müssen Städte und Gemeinden weniger zahlen.

Das Bundes-Leistungs-Gesetz wird dabei helfen,
 dass unsere Gesellschaft inklusiver wird.
 Menschen mit Behinderung können besser selbst-bestimmt leben.

Ob Leistungen gezahlt werden sollen,
 egal wie viel Geld jemand hat oder verdient?
 Das müssen wir noch prüfen.

Die Antworten von der SPD



1. Wahl-Recht

**Finden Sie richtig, dass nicht alle wählen dürfen?
Setzen Sie sich für ein Wahl-Recht für alle ein?**



2 Gesetze in Deutschland sagen:

Menschen mit **Voll-Betreuung** dürfen nicht wählen.

Wir wissen nicht genau, ob das gegen

- das Grund-Gesetz,
- die Landes-Verfassungen
- und die UN-Konvention verstößt.

Die SPD setzt sich dafür ein:

Menschen mit Voll-Betreuung soll nicht in jedem Fall das Wahl-Recht genommen werden.



2. Betreuungs-Recht

**Was werden Sie tun,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können?**

Wie wollen Sie erreichen,

- dass Betreuer dabei helfen,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden?
- dass Betreuer nur alleine entscheiden, wenn es gar nicht anders geht?

Die UN-Konvention will keine Sonder-Rechte oder Sonder-Regeln für Menschen mit Behinderung.

Sie will gleichberechtigte Teilhabe.

Dafür muss jeder die Unterstützung bekommen,
die er braucht.

Das Betreuungs-Recht in Deutschland ist noch nicht gut.

Es ist nicht so, wie es die UN-Konvention fordert.

Wir meinen deshalb:

Es muss noch nachgebessert werden.

Die SPD will:

Rechtliche Betreuung darf nur die letzte Möglichkeit sein.

Menschen mit Behinderung müssen bessere Unterstützung bekommen.

Dann brauchen sie keine rechtliche Betreuung mehr.

Die Ämter müssen dafür besser zusammenarbeiten.



3. Barriere-Freiheit

Was möchten Sie tun, damit alle verstehen,

was Barriere-Freiheit für Menschen mit geistiger Behinderung ist?

Was werden Sie tun, damit es überall Leichte Sprache gibt:

- bei allen Informationen der Regierung,
- in Broschüren und auf Internet-Seiten,
- auch bei Firmen, in Läden und Restaurants?

Wir wissen nicht genug über das Leben von Menschen mit Lern-Schwierigkeiten in Deutschland.

Wo sind ihre Barrieren?

Das Bundes-Kompetenz-Zentrum **Barriere-Freiheit** hat dazu Untersuchungen gemacht.

Die Ergebnisse wurden bekannt gemacht.

Auch über die Lebenshilfe.

Trotzdem: Wir müssen noch mehr darüber wissen.

Fach-Schulen und Unis forschen zu diesem Thema.

Zurzeit wird ein Gesetz geprüft.

Es heißt: Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz.

Passt es zu den Forderungen der UN-Konvention?

Deutschland muss sich an die UN-Konvention halten.

Die SPD hat sich eingesetzt,
dass die Regierung Informationen auch in Leichter Sprache gibt.
So ist Leichte Sprache auf allen Internet-Seiten der Regierung.



Wir wollen uns für Barriere-Freiheit einsetzen.
Wir meinen, Barrieren müssen bestraft werden.
Die Regierung muss dazu Gesetze schaffen.
Und sie soll Förder-Gelder für Barriere-Freiheit geben.
Dass alle Menschen in Deutschland inklusiv denken,
braucht seine Zeit.
Aber es ist wichtig.
Die SPD ist der Meinung:
Das fängt in Kindergärten und Schulen an.
Auch Arbeits-Plätze müssen selbstverständlich barriere-frei sein.
Es gibt noch zu wenige barriere-freie Wohnungen in Deutschland.
Barriere-Freiheit: Da hat jeder etwas davon!

4. Früh-Förderung



**Was wollen Sie tun,
damit überall in Deutschland Kinder mit Behinderung
gute Früh-Förderung bekommen.**

Kinder mit Behinderung werden in Deutschland ganz verschieden gefördert.
Dazu hat die SPD der Regierung Fragen gestellt.
Aber nicht zu allen Fragen hat sie Antworten bekommen.
Es muss klar sein:
Wer ist für die Familien und ihre Kinder mit Behinderung zuständig?
Die Zusammen-Arbeit zwischen den Ämtern muss besser werden.
Die Krankenkassen bezahlen überall anders.
Wir denken:
Es darf nicht sein,
dass die Förderung davon abhängt, wo man wohnt.

5. Pflege



**Wie wollen Sie die Pflege-Versicherung verbessern?
Was wollen Sie tun,
damit die Pflege-Versicherung auch in Zukunft genug Geld hat?**

Die SPD will:

Auch wer Pflege braucht,
soll möglichst selbstbestimmt leben.

Er soll überall teilhaben können.

Die SPD weiß: Gute Pflege kostet Geld.

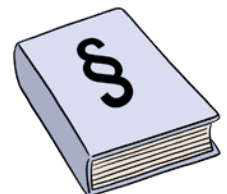
Die **Pflege-Versicherung** kann das nicht bezahlen.

Deshalb fordern wir die Bürger-Versicherung.

Hier muss jeder einzahlen.

Die Lasten werden so gerecht verteilt.

6. Bundes-Teilhabe-Gesetz



Welche Ziele haben Sie für das neue Bundes-Leistungs-Gesetz?

Werden Sie sich dafür einsetzen,

dass die **Eingliederungs-Hilfe**

immer gleich ist.

Egal wie viel Geld eine Familie hat?

Wir fordern eine soziale Teilhabe-Leistung.

Ein Teil davon soll gezahlt werden,

egal wie viel Geld eine Familie hat oder verdient.

Die Leistungen müssen genau zu dem Menschen mit Behinderung passen.

Er muss im Mittelpunkt stehen.

Mit seinen Wünschen und Bedürfnissen.

**Werden Sie sich für ein Teilhabe-Geld einsetzen?
Ein Teilhabe-Geld,
das jeder Mensch mit Behinderung bekommt?
Das nicht an anderer Stelle wieder abgezogen wird?**



Es soll ein Bundes-Teilhabe-Geld geben.
Das ist als Ausgleich für Nachteile gedacht.

Noch ist die Eingliederungs-Hilfe Teil der Sozial-Hilfe.
Das soll anders werden.
Die Leistungen sind ein Recht auf soziale Teilhabe.
Sie gehören besser ins Sozial-Gesetz-Buch 9.
Das Bundes-Teilhabe-Gesetz und die Pflege-Versicherung
müssen sich klar voneinander abgrenzen.

Im Mittelpunkt steht die Inklusion.
Viel Geld wird aber immer noch für Sonder-Einrichtungen ausgegeben.
Doch Geld muss mehr dafür ausgegeben werden,
dass Inklusion von Anfang an gelingt:

- in der Kleinkind-Betreuung,
- in der Vorschule und Schule,
- beim Arbeits-Leben,
- bei der Freizeit-Gestaltung
- und beim Wohnen.

Jeder Mensch mit Behinderung muss dafür persönliche Assistenz bekommen.
Assistenten müssen gut ausgebildet sein.
Und sie sollen gerechten Lohn bekommen.

**Was wollen Sie tun,
damit überall Eingliederungs-Hilfe zur Arbeit gezahlt wird?
Ganz egal,
ob jemand in einer Werkstatt arbeitet oder woanders?**



**Was wollen Sie tun,
dass Menschen mit Behinderung in der Werkstatt
genug Geld zum Leben bekommen?**

Die UN-Konvention fordert,
dass Menschen mit Behinderung frei wählen können,
wo und was sie arbeiten wollen.

Dafür setzt sich auch die SPD ein.

Die **Eingliederungs-Hilfe** muss erneuert werden.

Es muss um jeden einzelnen Menschen mit Behinderung gehen:

Was ist sein Wunsch? Was braucht er dafür?

Die SPD setzt sich für das **Budget für Arbeit** ein.

So können mehr Menschen mit Behinderung unterstützt werden,
auf dem **1. Arbeits-Markt** zu arbeiten.

Auch wir wollen,

dass jeder Mensch von seinem Lohn leben kann.

Dieses Ziel muss auch für Werkstätten gelten.

Darüber muss nachgedacht werden.

Die EU-Rente muss aber bleiben.

EU ist die Abkürzung für: Erwerbs-Unfähigkeits-Rente.

Alle Beschäftigten der Werkstatt bekommen die EU-Rente,
wenn sie 20 Jahre in der Werkstatt gearbeitet haben.



Sind Sie dafür, dass die Bundes-Regierung Geld dazu gibt?

Und was wollen Sie tun,

dass das Geld auch bei den Menschen mit Behinderung ankommt?

Die SPD will ein Bundes-Leistungs-Gesetz.

Auch die Regierung soll Geld dazugeben.

Damit die UN-Konvention in Deutschland umgesetzt wird.

Hilfe zur Inklusion ist keine Fürsorge.

Sie ist der Ausgleich von Nachteilen.

Die Antworten von Bündnis 90 / Die Grünen



1. Wahl-Recht

**Finden Sie richtig, dass nicht alle wählen dürfen?
Setzen Sie sich für ein Wahl-Recht für alle ein?**



Wir finden es falsch, dass nicht alle Menschen wählen dürfen.
Wir haben schon im Januar ein Gesetz vorgeschlagen.
Danach sollen alle Menschen mit Behinderungen wählen dürfen.
CDU, CSU und die FDP wollen das Gesetz nicht.
In der UN-Konvention steht in Artikel 12:
Menschen mit Behinderung sollen ihr Leben selbst bestimmen.
Egal, wie schwer behindert sie sind.
Das ist in Deutschland noch nicht so.
Das muss sich ändern.



2. Betreuungs-Recht

**Was werden Sie tun,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können?**

Wie wollen Sie erreichen,

- **dass Betreuer dabei helfen,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden?**
- **dass Betreuer nur alleine entscheiden, wenn es gar nicht anders geht?**

Wir wollen eine neue Art der Unterstützung.

Sie heißt: Rechtliche Assistenz.

Dabei sollen Unterstützer Menschen mit Lernschwierigkeiten helfen,
Dinge selbst zu entscheiden.

Damit das klappt, muss das Sozial-Recht geändert werden.

Außerdem müssen Sozial-Ämter, Betreuungs-Ämter,

Betreuer und Unterstützer besser zusammen arbeiten.

3. Barriere-Freiheit



**Was möchten Sie tun, damit alle verstehen,
was Barriere-Freiheit für Menschen mit geistiger Behinderung ist?**

Was werden Sie tun, damit es überall Leichte Sprache gibt:

- bei allen Informationen der Regierung,
- in Broschüren und auf Internet-Seiten,
- auch bei Firmen, in Läden und Restaurants?

Es gibt schon eine Regel für die Internet-Seiten der Regierung.

Die Abkürzung der Regel heißt: BITV 2.0.

Dort steht,

es muss auch Internet-Seiten in Leichter Sprache geben.

Wir wollen sie schnell umsetzen.

Wir wollen,

dass die Regierung viele Texte in Leichte Sprache übersetzt.

Wir wollen Firmen, Läden und Restaurants verbieten,

Menschen mit Behinderungen zu benachteiligen.

Dann müssen sie auch Leichte Sprache verwenden.



4. Früh-Förderung

**Was wollen Sie tun,
damit überall in Deutschland Kinder mit Behinderung
gute Früh-Förderung bekommen.**



Das Sozial-Gesetz-Buch 9 wird abgekürzt in: SGB IX.

Wir wollen: Das SGB IX soll immer gelten.

Auch wenn andere Gesetze etwas anderes sagen.

Wir wollen alle Gesetze ändern,

die dem SGB IX widersprechen.

5. Pflege

**Wie wollen Sie die Pflege-Versicherung verbessern?
Was wollen Sie tun,
damit die Pflege-Versicherung auch in Zukunft genug Geld hat?**



Heute gibt es 2 Arten der **Pflege-Versicherung**.
Wir wollen nur noch eine Art.
Die nennt man Bürger-Versicherung.
Die Bürger-Versicherung muss jeden Menschen aufnehmen.
Menschen, die viel verdienen,
müssen mehr an die Pflege-Versicherung zahlen.

6. Bundes-Teilhabe-Gesetz

**Welche Ziele haben Sie für das neue Bundes-Leistungs-Gesetz?
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Eingliederungs-Hilfe
immer gleich ist. Egal wie viel Geld eine Familie hat?**



Wir wollen ein Bundes-Leistungs-Gesetz,
das jedem die Hilfe gibt, die er braucht.
Es darf keinen Unterschied machen,
wie viel Geld die Familie hat.

**Werden Sie sich für ein Teilhabe-Geld einsetzen?
Ein Teilhabe-Geld,
das jeder Mensch mit Behinderung bekommt?
Das nicht an anderer Stelle wieder abgezogen wird?**



Wir wollen ein Teilhabe-Geld,
das nicht von anderen Stellen wieder abgezogen wird.

Wir haben aber noch nicht entschieden,
wer wie viel Geld bekommen soll.



**Was wollen Sie tun,
damit überall Eingliederungs-Hilfe zur Arbeit gezahlt wird?
Ganz egal, ob jemand in einer Werkstatt arbeitet oder woanders?
Was wollen Sie tun,
dass Menschen mit Behinderung in der Werkstatt
genug Geld zum Leben bekommen?**

Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen
überall **Eingliederungs-Hilfe** zur Arbeit bekommen.
Nicht nur in der Werkstatt.
Wir werden die Regeln der Eingliederungs-Hilfe und
der Agentur für Arbeit ändern, damit das geht.

Wir wollen, dass jeder genug Geld zum Leben bekommt.
Wenn der Lohn in der Werkstatt steigen soll,
muss die Werkstatt mehr Geld verdienen.
Dann kann sie Leuten, die nicht viel arbeiten können,
vielleicht keinen Platz mehr geben.
Das wollen wir nicht.
Wir finden es besser,
wenn so viele Menschen mit Behinderungen
wie möglich in normalen Firmen arbeiten.
Dort soll es Mindest-Löhne geben.



**Sind Sie dafür, dass die Bundes-Regierung Geld dazu gibt?
Und was wollen Sie tun,
dass das Geld auch bei den Menschen mit Behinderung ankommt?**

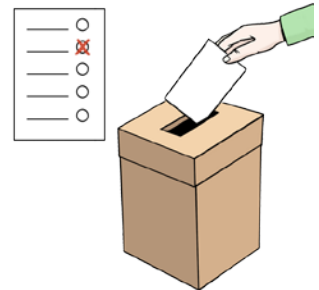
Die Bundes-Regierung muss Geld für das Bundes-Leistungs-Gesetz geben.
Wir überlegen noch,
wie das am besten geht.



Die Antworten von der FDP

1. Wahl-Recht

**Finden Sie richtig, dass nicht alle wählen dürfen?
Setzen Sie sich für ein Wahl-Recht für alle ein?**



Wir sind der Meinung:

Das Wahl-Recht ist ein wichtiges Recht in der Demokratie.

Wenn jemand nicht wählen darf,
muss es sehr gute Gründe dafür geben.

Dass Menschen mit **Voll-Betreuung** nicht wählen dürfen,
ist vielleicht nicht richtig.

Aber wir wollen den Paragraph im Gesetz nicht einfach streichen.

Wir wollen auch das Betreuungs-Recht dabei beachten.

Unser Vorschlag:

Ein Richter entscheidet,
welche Betreuung ein Mensch bekommt.

Dieser Richter soll auch bestimmen,
wenn der Mensch nicht wählen darf.

2. Betreuungs-Recht

**Was werden Sie tun,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können?**

Wie wollen Sie erreichen,

- dass Betreuer dabei helfen,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden?
- dass Betreuer nur alleine entscheiden,
wenn es gar nicht anders geht?



Für die FDP ist das Recht auf Freiheit besonders wichtig.

Dazu gehört das Recht auf selbst-bestimmte Entscheidungen.

Im Gesetz steht:

Nur dann gibt es einen rechtlichen Betreuer,
wenn Betreuung auch wirklich nötig ist.

Außerdem steht im Gesetz:

Betreuer dürfen nicht über den Betreuten bestimmen.

Es gibt nur eine Ausnahme:

Der Betreute braucht dringend Hilfe von einem Arzt.

Dann darf der Betreuer das entscheiden.

Das nennt sich: **ärztliche Zwangs-Maßnahme.**

Der Zwangs-Maßnahme muss ein Richter zustimmen.

Wir meinen:

Das Gesetz ist in Ordnung.

Es gibt klare und strenge Regeln.

Die FDP will:

Die Betreuungs-Behörde soll mehr Aufgaben übernehmen.

Es soll auch ehren-amtliche Betreuer geben,
die gut ausgebildet sind.

3. Barriere-Freiheit



**Was möchten Sie tun, damit alle verstehen,
was Barriere-Freiheit für Menschen mit geistiger Behinderung ist?**

Was werden Sie tun, damit es überall Leichte Sprache gibt:

- bei allen Informationen der Regierung,
- in Broschüren und auf Internet-Seiten,
- auch bei Firmen, in Läden und Restaurants?

Wir verstehen unter Inklusion:

Nicht der Mensch mit Behinderung muss sich anpassen.

Sondern die Gesellschaft muss sich ändern.

Sie muss dafür sorgen,

dass ein Mensch mit Behinderung nicht benachteiligt wird.

Alle sollen selbstverständlich in der Gesellschaft teilhaben können.

Sonder-Behandlungen soll es nicht mehr geben.

Wir haben schon viel dafür getan:

Wir haben dafür gesorgt,

dass viel mehr Geld für Bildung und Forschung da ist.

Die deutsche Gebärden-Sprache ist als eigene Sprache anerkannt.

Menschen mit anderen Behinderungen haben das gleiche Recht.

Sie sollen Informationen in einer Sprache bekommen,

die sie verstehen können.

So ist es auch mit der Leichten Sprache.

Die Regierung hat eine Regel gemacht.

Sie heißt: Barrierefreie-Informationen-Technik-Verordnung.

Abgekürzt heißt das: BITV 2.0

Daran müssen sich alle halten.

Wichtige Informationen muss es mit Videos in Gebärden-Sprache

und in Leichter Sprache geben.



Die FDP ist der Meinung:

Politik für Menschen mit Behinderung

muss mit ihnen zusammen gemacht werden.

Sie wissen am besten was sie brauchen.

Für den Nationalen Aktions-Plan wurden Verbände und

Selbsthilfe-Gruppen gefragt.

Die FDP findet:

Hier ist Teilhabe schon gelungen.

Barrieren müssen abgebaut werden,

damit Teilhabe in der Gesellschaft gelingt.

Mit Barrieren ist gemeint:

- in Häuser und Räume zu kommen
- oder an Informationen zu kommen.

Damit unsere Gesellschaft **barriere-frei** wird,

braucht es nicht nur Geld.

Alle Menschen müssen umdenken.

Damit die Menschen anders denken lernen, ist es wichtig:

Kinder mit und ohne Behinderung

wachsen selbstverständlich miteinander auf:

- in Kinder-Tagesstätten,
- in Schulen,
- und in der Freizeit.

4. Früh-Förderung

**Was wollen Sie tun,
damit überall in Deutschland Kinder mit Behinderung
gute Früh-Förderung bekommen.**



Wir wollen:

Die Früh-Förderung soll in Deutschland noch besser werden.

Es soll noch mehr Sozial-Pädiatrische Zentren geben.

Sie sollen Untersuchungen machen.

Und sie sollen Behandlungen und Unterstützung anbieten.

Dabei muss an die ganze Familie gedacht werden.

Nicht nur das Kind mit Behinderung braucht Behandlung.

Auch die Eltern und Familien brauchen gute Unterstützung.

5. Pflege

Wie wollen Sie die Pflege-Versicherung verbessern?

Was wollen Sie tun,

damit die Pflege-Versicherung auch in Zukunft genug Geld hat?



Bisher wurde bei dem Bedarf an Pflege nur geschaut:

Welche Körper-Behinderung ist da?

Wobei braucht der Mensch deshalb Pflege-Unterstützung?

Menschen mit Lern-Beeinträchtigungen oder Menschen mit Demenz wurden dabei vergessen. Deshalb gibt es ein neues Gesetz. Es heißt: Pflege-Neuausrichtung-Gesetz, kurz: PNG. Danach bekommen jetzt auch demenz-krank Menschen Pflege-Geld. Fach-Leute haben darüber nachgedacht, wie man gerechter feststellen kann: Wie viel Pflege ist nötig? Sie schlagen vor: Statt 3 **Pflege-Stufen** soll es 5 Pflege-Grade geben. Dabei wird nicht nur an Menschen mit Körper-Behinderung gedacht. Sondern auch an Menschen mit Lern-Schwierigkeiten. Es geht um die tägliche Pflege. Wie selbstständig kann ein Mensch sich pflegen? Wir möchten die Vorschläge der Fach-Leute annehmen. Aber wir wollen, dass kein Mensch dann weniger Geld bekommt, als vorher. Keinem soll durch die Umstellung Geld abgezogen werden.

Die FDP will eine **Pflege-Versicherung**, die auch in Zukunft funktioniert. Die Pflege-Versicherung kann nicht alles bezahlen. Sie hat nicht genug Geld. Denn immer mehr Menschen brauchen Geld aus der Pflege-Versicherung. Und immer weniger Menschen zahlen in die Pflege-Versicherung ein. Die Pflege-Versicherung kann deshalb nur einen Teil der Pflege bezahlen. Wir wollen: Jeder soll auch für sich selber sorgen. Falls er einmal Pflege braucht. Das nennt man: Private Pflege-Vorsorge. Die FDP unterstützt die private Pflege-Vorsorge.



6. Bundes-Teilhabe-Gesetz

Welche Ziele haben Sie für das neue Bundes-Leistungs-Gesetz?

**Werden Sie sich dafür einsetzen,
dass die Eingliederungs-Hilfe
immer gleich ist.**

Egal wie viel Geld eine Familie hat?

In den nächsten 4 Jahren soll die **Eingliederungs-Hilfe**
durch ein Bundes-Leistungs-Gesetz ersetzt werden.

Wir wollen alle Leistungen zusammenfassen.

Jeder Mensch mit Behinderung soll Leistungen bekommen,
so wie er sie braucht.

Deshalb sind wir dafür,
dass das Persönliche Budget einfacher wird.

Dann können es mehr Menschen nutzen.

Die Nachteile von Menschen mit Behinderung sollen ausgeglichen werden.

Egal wie viel Geld jemand hat oder verdient.

Werden Sie sich für ein Teilhabe-Geld einsetzen?

Ein Teilhabe-Geld,

das jeder Mensch mit Behinderung bekommt?

Das nicht an anderer Stelle wieder abgezogen wird?



Wir meinen: Es soll ein Bürger-Geld geben.

Das bedeutet:

Alle Sozial-Leistungen von
verschiedenen Ämtern werden zusammengefasst.

Sie heißen Bürger-Geld.

Menschen mit Behinderung haben
einen besonderen Anspruch auf Bürger-Geld.

Wie viel Geld das ist, ist verschieden.

Es kommt darauf an,
wie viel Unterstützung der einzelne Mensch braucht.

**Was wollen Sie tun,
damit überall Eingliederungs-Hilfe zur Arbeit gezahlt wird?
Ganz egal, ob jemand in einer Werkstatt arbeitet oder woanders?**

**Was wollen Sie tun,
dass Menschen mit Behinderung in der Werkstatt
genug Geld zum Leben bekommen?**



Wir sind der Meinung:

Teilhabe von Menschen am Arbeits-Leben ist wichtig und nötig.

Deutschland kann es sich nicht leisten,
auf Arbeits-Kräfte zu verzichten.

Wir haben uns immer dafür eingesetzt,
dass mehr Menschen mit Behinderung
auf dem **1. Arbeits-Markt** arbeiten können.

Wir wollen deshalb das **Budget für Arbeit**.

Damit können Menschen mit Behinderung wählen:
einen Arbeits-Platz in oder außerhalb der Werkstatt.

Werkstätten und Werkstatt-Räte müssen gemeinsam Löhne festlegen.

Dafür müssen Werkstatt-Räte gestärkt werden.

Überall müssen Löhne vor Ort und je nach Arbeit festgelegt werden.

Es darf keine gleichen Löhne für alle geben.

Auch keine Mindest-Löhne.

**Sind Sie dafür,
dass die Bundes-Regierung Geld dazu gibt?**

Und was wollen Sie tun,

dass das Geld auch bei den Menschen mit Behinderung ankommt?



Wir sind für eine inklusive Gesellschaft.

Dafür müssen sich alle Menschen ändern.

Auch Gelder und Leistungen müssen vielleicht anders verteilt werden.

Wenn zusätzlich Geld gebraucht wird,

sollen alle dafür bezahlen:

die Regierung, die Länder und die Gemeinden.

Die Antworten von DIE LINKE

DIE LINKE.

1. Wahl-Recht

**Finden Sie richtig, dass nicht alle wählen dürfen?
Setzen Sie sich für ein Wahl-Recht für alle ein?**



Wir wollen, dass alle Menschen wählen dürfen.
Wir haben schon einen Antrag gestellt:
Die Paragraphen sollen gestrichen werden.
Dann wird keiner mehr von der Wahl ausgeschlossen.
Auch nicht Menschen, die **Voll-Betreuung** haben.
Die LINKE wird weiter dafür kämpfen.

2. Betreuungs-Recht



**Was werden Sie tun,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden können?
Wie wollen Sie erreichen,**

- **dass Betreuer dabei helfen,
damit Menschen mit Behinderung selbst entscheiden?**
- **dass Betreuer nur alleine entscheiden, wenn es gar nicht anders geht?**

Menschen mit Behinderung sollen in unserer Gesellschaft überall teilhaben können.
So steht es in der UN-Konvention in Artikel 19.
Wir wollen eine neue Art der Unterstützung:
Menschen mit Behinderung sollen Teilhabe-Leistungen bekommen,
egal wie viel Geld sie verdienen oder haben.
Außerdem soll es mehr und freie Beratungs-Stellen geben.
Dort sollen auch Menschen mit Behinderung arbeiten.
Und andere beraten.

Das soll im Sozial-Gesetz-Buch 9 stehen.

Wir LINKE glauben:

Viele Menschen mit Betreuung brauchen gar keinen Betreuer.

Menschen mit Behinderung können ihr Leben selbstbestimmt leben, wenn sie

- gute und freie Beratung und
- persönliche Unterstützung bekommen.

Natürlich wird es auch immer Menschen geben,
die Betreuung brauchen.

Betreuerinnen und Betreuer sollen dann
mehr Zeit für den Menschen mit Behinderung haben.

Und sie sollen gerecht bezahlt werden.

Nur dann kann Betreuung gut sein.

Der Mensch mit Behinderung soll immer selbst bestimmen.

Das steht auch in Artikel 12 der UN-Konvention.

Wir sind gegen **ärztliche Zwangs-Maßnahmen**,
die eine Betreuerin oder ein Betreuer will.

Wenn eine Entscheidung getroffen werden muss,
soll immer ein Amt oder Gericht entscheiden.



3. Barriere-Freiheit

**Was möchten Sie tun, damit alle verstehen,
was Barriere-Freiheit für Menschen mit geistiger Behinderung ist?**

**Was werden Sie tun,
damit es überall Leichte Sprache gibt:**

- bei allen Informationen der Regierung,
- in Broschüren und auf Internet-Seiten,
- auch bei Firmen, in Läden und Restaurants?

Auch hier halten wir uns an die UN-Konvention Artikel 31.

Sie fordert Untersuchungen und Informationen:

Wo gibt es in Deutschland Barrieren?

Welche Barrieren sind das?

Was brauchen Menschen mit Behinderung,
damit sie nicht behindert werden?

Wir fordern **Barriere-Freiheit** überall.

Informationen der Regierung, der Politik und der Behörden
sollen alle Menschen lesen und verstehen können.

Dazu gehört auch die Leichte Sprache.

Dafür muss immer genug Geld da sein.



Ab sofort darf es keine neuen Barrieren geben.

Zum Beispiel:

Wenn jemand Gebäude oder Straßen baut,
die nicht barriere-frei sind, muss er Strafe bezahlen.

Barrieren, die es gibt, müssen abgebaut werden.

Dafür müssen Gesetze gemacht werden.

Und es muss Geld da sein.

DIE LINKE will, dass auch jeder Arbeits-Platz barriere-frei ist.

Egal, ob gerade ein Mensch mit Behinderung dort arbeitet.

Bei Förderungen und Aufträgen von der Regierung

ist immer darauf zu achten,

dass Barriere-Freiheit dazugehört.

4. Früh-Förderung

Was wollen Sie tun,

damit überall in Deutschland Kinder mit Behinderung
gute Früh-Förderung bekommen.



Die LINKE will:

Die Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen soll immer inklusiv sein.

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderung soll die Kinder- und Jugend-Hilfe zuständig sein.

Das soll im Sozial-Gesetz-Buch 8 stehen.

Kurz heißt das: SGB VIII.

Die Leistungen für Teilhabe sollen gezahlt werden, egal wie viel Geld die Familie hat oder verdient.



5. Pflege

Wie wollen Sie die Pflege-Versicherung verbessern?

Was wollen Sie tun,

damit die Pflege-Versicherung auch in Zukunft genug Geld hat?

Die **Pflege-Versicherung** bezahlt nur einen Teil der Kosten für die Pflege.

Den Rest müssen die Pflege-Bedürftigen und Familien selbst dazuzahlen.

Aber viele haben das Geld nicht.

Dann brauchen pflege-bedürftige Menschen Sozial-Hilfe.

Sie und ihre Familien sind mit der Pflege oft überlastet.

Schwierig sind auch die **Pflege-Stufen**,

in die pflege-bedürftige Menschen eingestuft werden.

Es geht nach Minuten,

die für Pflege gebraucht werden.

Dabei wird die Zeit gerechnet,

um zum Beispiel einen Menschen:

- zu waschen,
- zu kämmen,
- anzuziehen und
- zu füttern.

Doch Pflege bedeutet mehr.

Wir fordern:

Der pflege-bedürftige Mensch soll im Mittelpunkt stehen.

Er soll teilhaben können in der Gesellschaft.

Er soll selbstbestimmt leben können.

Dafür braucht die Pflege-Versicherung mehr Geld.

DIE LINKE will,

dass alle mehr Geld in die Pflege-Versicherung zahlen.

Es soll für alle reichen.

Und Pflege-Kräfte sollen besser bezahlt werden.

Sie sollen besser ausgebildet werden.

Sie sollen gute Arbeits-Bedingungen haben.

Pflege-Berufe müssen ein besseres Ansehen bekommen.

Deshalb hat DIE LINKE den Vorschlag:

Wir brauchen eine Bürger-Versicherung.

Damit soll auch die Pflege-Versicherung bezahlt werden.

Alle Menschen müssen in die Bürger-Versicherung einzahlen.



6. Bundes-Teilhabe-Gesetz

Welche Ziele haben Sie für das neue Bundes-Leistungs-Gesetz?

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Eingliederungs-Hilfe immer gleich ist. Egal wie viel Geld eine Familie hat?

DIE LINKE will ein Bundes-Leistungs-Gesetz für Menschen mit Behinderung.

Sie hat dazu schon Vorschläge gemacht.

Und einen Antrag gestellt:

Sie ist für ein Teilhabe-Sicherungs-Gesetz.

Es soll Menschen mit Behinderung ein Leben in der Gemeinschaft möglich machen.

Das geht mit persönlicher Assistenz immer und überall.

Dafür soll gezahlt werden.

Egal wie viel Geld eine Familie hat oder verdient.

Das soll im Sozial-Gesetz-Buch 9 stehen, kurz: SGB IX.

Die **Eingliederungs-Hilfe** soll aus dem SGB XII raus.

Für das Teilhabe-Sicherungs-Gesetz soll es Teilhabe-Ämter geben.

Das sind Versorgungs-Ämter,
die alle Teilhabe-Leistungen zahlen.

Und es muss überall freie Beratungs-Stellen geben,
die nicht zum Amt gehören.

Die Beratung darf nichts kosten.

DIE LINKE ist die einzige Partei,

die schon in den letzten Jahren dazu einen Entwurf gemacht hat.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen.

Werden Sie sich für ein Teilhabe-Geld einsetzen?

Ein Teilhabe-Geld,

das jeder Mensch mit Behinderung bekommt?

Das nicht an anderer Stelle wieder abgezogen wird?



Wir sind dafür, dass ein fester Geld-Betrag gezahlt wird.

Außerdem oder statt dessen gibt es Geld für Hilfsmittel und Assistenz.

Was wollen Sie tun,

damit überall Eingliederungs-Hilfe zur Arbeit gezahlt wird?

Ganz egal, ob jemand in einer Werkstatt arbeitet oder woanders?

Damit jeder Mensch einen guten Arbeits-Platz findet,
muss er alle Hilfen bekommen, die er braucht.

Dafür muss genügend Geld da sein.

Menschen mit Behinderung müssen dabei unterstützt werden,

dass sie Arbeits-Plätze auch auf dem **1. Arbeits-Markt** bekommen.

Das kann zum Beispiel ein Arbeits-Platz mit Assistenz sein.

Jeder sollte jederzeit auch wieder in die Werkstatt zurückgehen können.

Wer die Werkstatt verlässt und auf dem 1. Arbeits-Markt arbeitet, soll seine EU-Rente deshalb nicht verlieren.

**Was wollen Sie tun,
dass Menschen mit Behinderung in der Werkstatt
genug Geld zum Leben bekommen?**



DIE LINKE fordert:

Beschäftigte in der Werkstatt sollen richtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Sie sollen gerechten Lohn bekommen.

Dazu sollen sie einen Nachteils-Ausgleich bekommen.

Manche Menschen mit Behinderung arbeiten auch auf Außen-Arbeitsplätzen in normalen Firmen.

Dort sollen sie gleichen Lohn bekommen, wie ihre Kolleginnen und Kollegen.



**Sind Sie dafür, dass die Bundes-Regierung Geld dazu gibt?
Und was wollen Sie tun,
dass das Geld auch bei den Menschen mit Behinderung ankommt?**

DIE LINKE schlägt vor:

Alle sollen weiter so viel bezahlen wie bisher: die Regierung, die Länder und die Gemeinden.

Teilhabe-Leistungen, die dazu kommen, soll die Regierung bezahlen.

In Zukunft soll es eine Bürger-Versicherung geben.

In die sollen alle einzahlen.

Worterklärungen

Ärztliche Zwangs-Maßnahme

Eine ärztliche Zwangs-Maßnahme ist eine Untersuchung oder Behandlung durch einen Arzt.

Auch wenn der Patient das gar nicht will.

Budget für Arbeit

Das Budget für Arbeit ist eine besondere Unterstützung: bei der Arbeit auf dem **ersten Arbeits-Markt**.

Das Budget für Arbeit können Menschen mit Behinderung bekommen. Menschen, die sonst in einer Werkstatt arbeiten.

Die Unterstützung ist zum Beispiel:

- eine Assistenz bei der Arbeit,
- ein **Kombi-Lohn**.

Das Budget für Arbeit gibt es nur in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hamburg.

Barriere-Freiheit

Barriere-frei bedeutet: ohne Hindernisse.

Für einen Rolli-Fahrer ist eine Treppe ein Hindernis.

Für einen Menschen mit Lern-Schwierigkeiten ist schwere Sprache ein Hindernis.

Für blinde Menschen sind Hindernisse, wenn sie Informationen nicht in gesprochener Sprache bekommen.

Wenn etwas barriere-frei sein soll, muss an alle Behinderungen gedacht werden:

Wie muss es sein, damit jeder ohne fremde Hilfe zurecht kommt?

Eingliederungs-Hilfe

Die Eingliederungs-Hilfe für behinderte Menschen ist im Sozial-Gesetz-Buch 12 geregelt.

Sie ist Teil der Sozial-Hilfe.

Eingliederungs-Hilfe kann Geld oder eine Sach-Leistung sein.

Sie hat die Aufgabe:

- eine drohende Behinderung zu verhindern,
- Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft teilhaben zu lassen.

Erster Arbeits-Markt

Das sind Arbeits-Plätze, die nichts mit einer Werkstatt zu tun haben.

Wer hier arbeitet, hat:

- einen Arbeits-Vertrag mit einer Firma,
- Kollegen, die keine Behinderung haben,
- einen festen Lohn,
- ist sozial-versichert,
- kann aber auch arbeitslos werden.

Kombi-Löhne

Wenn der Lohn vom Arbeit-Geber zu niedrig ist,
gibt das Amt Geld dazu.

Das nennt man Kombi-Lohn.

Kombi-Lohn gibt es zum Beispiel beim **Budget für Arbeit**.

Pflege-Versicherung

Die Soziale Pflege-Versicherung gibt es in Deutschland seit fast 20 Jahren.

Sie steht im Sozial-Gesetz-Buch 11.

Sie gehört zu den 5 Sozial-Versicherungen.

Wenn Menschen pflege-bedürftig werden,
brauchen sie Geld und Hilfs-Mittel für ihre Pflege.

Das wird von der Pflege-Versicherung gezahlt.

Pflege-Stufe

Wie viel Geld die Pflege-Versicherung zahlt,
hängt von der Pflege-Stufe ab.

Es gibt 3 Pflege-Stufen.

Es wird festgestellt, wie viel Zeit gebraucht wird.

Um einen pflege-bedürftigen Menschen zu versorgen.

Die Minuten entscheiden über die Pflege-Stufe.
Stufe 1 heißt: Für die Pflege ist wenig Zeit nötig.
Also gibt es weniger Geld.
In Stufe 3 wird viel Zeit gebraucht.
Hier wird am meisten bezahlt.

Rechtliche Betreuung

Viele Menschen mit Behinderung brauchen
Beratung und Unterstützung in Rechts-Fragen.
Damit sie in ihrem Leben gut zurecht kommen.
Sie haben dann einen rechtlichen Betreuer.
Er hilft ihnen in Angelegenheiten, die sie nicht alleine schaffen.
Es gibt verschiedene Bereiche der rechtlichen Betreuung,
zum Beispiel:

- Unterstützung beim Umgang mit Geld,
- Unterstützung bei Gesundheits-Fragen,
- Unterstützung bei Terminen beim Amt.

UN-Konvention

Das ist ein Vertrag.
Darin stehen die Rechte von Menschen mit Behinderung.
Fast alle Länder auf der Welt haben sich geeinigt:
Behinderte und nicht behinderte Menschen
sollen die gleichen Rechte haben.

Voll-Betreuung

Voll-Betreuung bedeutet: Betreuung in allen Angelegenheiten.
Das gibt es nur selten.
Dann muss der Mensch so schwer behindert sein,
dass er Unterstützung in allen Bereichen braucht.
Wer Betreuung in allen Angelegenheiten hat,
darf zurzeit nicht wählen.